

Versuch ist, daß der ganze Bundestag diese Themen entsprechend aufnimmt. Dies ist die Aufgabe dieser Enquete-Kommission. Ich denke, daß in diesen beiden Tagen deutlich geworden ist, daß man die alltägliche Wirklichkeit in der DDR nicht unter ein Schlagwort fassen kann, sondern daß die Breite viel größer ist. Es gibt eben nicht nur Täter und Opfer. Es gibt beides in einem, es gibt eine ganze Palette. Es gibt Gegner dieses Systems, die sich die ganze Zeit als Gegner verstanden haben und dies immer in ihrem Kämmerlein taten. Und es gibt Opfer dieses Systems, die durchaus nicht politisch handeln wollten, sondern einfach durch den Vollzug ihres Alltags in das Getriebe dieses Systems hineingekommen sind. Auch dafür haben wir Beispiele gehört. Es gibt Leute, die durch ihr politisches Handeln zu Opfern wurden. Es gibt Leute, die dies getan haben, weil sie sagten, dieses System ist als Ganzes falsch. Es gibt Leute, die Marxisten und Kommunisten waren, die sagten, so wie es umgesetzt wird, ist es falsch, und sie sind genauso zu Opfern geworden. Ich denke, es ist ganz wichtig, diese Palette vor Augen zu haben. Wenn man unsere Veranstaltung betrachtet, ist es auch wichtig zu sehen, daß sie ganz bewußt die Repressionsmechanismen und die Opfer im Alltagsgeschehen und über den Alltag hinaus, wenn es um politische Verfolgung ging, in den Blick genommen hat. Wir als Kommission werden uns in weiteren Phasen der Arbeit auch mit anderen Bereichen des Alltags und seinen integrativen Maßnahmen beschäftigen.

In bezug auf die Arbeit unserer Kommission halte ich für wichtig, daß das, was wir hier erfahren haben, uns auch weiter beschäftigt. Verehrter Herr Vorsitzender, ich glaube nicht, daß man es mit einem Brief erledigen kann, sondern daß wir sehr ernst die Dinge aufnehmen, diskutieren und prüfen sollten und daß wir anschließend ganz konkrete Vorschläge formulieren sollten. Ich bin sehr dankbar, daß auch die Präsidentin das Ungenügende des bisherigen Gesetzes angesprochen hat. Gemeinsam müssen wir versuchen, weiter zu kommen. Es ist gestern ja sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Dinge im Bundestag nicht neu sind. Diskussionen darüber hat es schon gegeben. Bisher konnten sie sich nicht durchsetzen. Ich hoffe, daß dies künftig eher möglich sein wird und daß auch von den Fraktionen der Koalition dann in der ganzen Breite Zustimmung zu finden sein wird in den Fragen, die hier angesprochen wurden.

Einen letzten kurzen Hinweis auf unsere künftige Arbeit. Wir werden am 26./27. Januar nächsten Jahres, wenn alles gut geht, im ZK-Gebäude der SED, wieder mit einer öffentlichen Anhörung in Berlin sein. Sie beschäftigt sich mit Machstrukturen von Partei und Regierungsapparat, d. h. mit den internen zentralen, aber auch den regionalen Machtstrukturen. Ich möchte schon heute darauf aufmerksam machen.

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Meckel. Ich darf Herrn Abg. Hansen, F.D.P., bitten.

Abg. Hansen (F.D.P.): Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal deutlich machen, daß in der Aufgabenstellung dieser Enquete-Kommission etwas Erstmaliges und insofern auch Einmaliges liegt. Das ist ein Gegensatz zu dem, was nach 1949 in der alten Bundesrepublik geschehen ist, nämlich den Versuch zu machen, von der Politik her die Aufgabenstellung zu formulieren, Geschichte zu betrachten und aufzuarbeiten, Geschichte für die Gegenwart und für die Zukunft zu sehen – nach dem Motto: „Vergangenheit schreibt Zukunft“.

Das zweite, was ich betonen möchte, was eben hier noch einmal anklang, was aber gestern schon jemand so schön gesagt hat, ist folgendes: Auch im Westen – ich komme aus dem Westen – muß näher hingesehen werden, was im Osten gewesen ist. Heute ist durch Herrn Schacht noch einmal sehr deutlich gemacht worden, daß die Politik im Westen über vier Jahrzehnte hinweg unterschiedliche Positionen zur deutschen Frage formuliert hat. – Ich bin allerdings nicht der Auffassung, daß das schnell zu beantworten sein wird. – Es ist in direkter Konfrontation der Versuch gemacht worden, den Kalten Krieg, der 20 Jahre geherrscht hatte, zu durchbrechen. Nunmehr, nach 40 Jahren, muß verhindert werden, daß in den Köpfen der Kalte Krieg wieder aufgenommen oder fortgesetzt wird. Das kann eigentlich nur dann gelingen, wenn Ost und West und Nord und Süd, wenn die Deutschen aus allen Himmelsrichtungen gemeinsam diese Aufgabenstellung aufgreifen. Wir haben in den vergangenen Tagen auch gespürt – wenn nicht in Berlin, dann auch anderswo –, daß die Gefahr besteht, allzu schnell – nach einem knappen Jahr Stasiunterlagengesetz – wieder den Schwamm zu nehmen und darüber hinwegzuwischen und zu sagen: Die Vergangenheit, ach, die ist sowieso viel zu kompliziert, wichtiger sind die Aufgabenstellungen des Jetzt und des Morgen. Nein! Ich betone ganz ausdrücklich, die Probleme von heute im ökonomischen oder sozialen, aber auch im mentalen Bereich, sind nicht zu bewältigen, wenn nicht ohne Scheu vor allen Tabus der Versuch gemacht wird, aufzudecken, was gewesen ist. Mir ist ganz besonders wichtig, daß die Enquete-Kommission mit dieser Veranstaltung die Aussagen der Opfer, ob sie sich als Gegner verstanden oder als Wehrlose, erfahren und – ich sage es für mich persönlich – auch erlitten hat. Es ist wichtig, daß diese Opfer der Öffentlichkeit und uns, den Vertretern der Politik, mitteilen können, wie es gewesen ist. Das hat nicht nur psychologisch einen Sinn für den Betroffenen, sondern es hat auch sozialhygienisch einen Sinn, wenn man aus der Erfahrung heraus mit seinen Mitmenschen sprechen kann. Das ist ja das, was heute vormittag gesagt worden ist: Diese Kommunikationslosigkeit, die in der damaligen DDR in vielfacher Weise geherrscht hat, muß überwunden werden, auch wenn die Wohlstandsumstände nicht darauf hindringen, sich miteinander vertraut zu machen. Das, was die bundesbürgerliche Gesellschaft braucht, ist eigentlich, heraus aus der sozialen Isolierung zu kommen, sich wieder mehr einander